Bericht: Christentum im Nahen Osten droht die Auslöschung

21. Juni 2019



Göttingen (KNA) Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) sieht die Zukunft der christlichen Gemeinschaften in Syrien und dem Irak existenziell gefährdet. In beiden Ländern sei die Zahl der Christen infolge ihrer Flucht vor Bürgerkrieg und der Gewalt durch militante Muslime massiv zurückgegangen, heißt es in einem am Mittwoch in Göttingen veröffentlichten Bericht.

So lebten im Irak nur noch 150.000 Christen, rund 0,4 Prozent der Bevölkerung. Vor dem ersten Irakkrieg (1991) hätten sie noch 10 Prozent, vor dem zweiten (2003) noch 5 Prozent gestellt. „Es wird befürchtet, dass es bis 2020 im Irak keine Christen mehr geben wird."

In Syrien leben dem Bericht zufolge nur noch 500.000 bis 700.000 Christen – ein Rückgang um bis zu 50 Prozent seit 2010. Dort gerieten sie immer wieder zwischen die Fronten von syrischer Armee und oppositionellen Gruppen, unter denen bewaffnete Islamisten, teils unterstützt von der Türkei, brutal mit Hinrichtungen, Morden und Vergewaltigungen gegen sie vorgingen. Laut GfbV gewährt das Regime von Präsident Baschar al-Assad Christen das Recht auf freie Religionsausübung, weshalb die meisten von ihnen einen Sieg der

Regierungstruppen über die von den radikalsunnitischen Muslimbrüdern dominierte Opposition bevorzugen.

Der Westen müsse seine Hilfe für oppositionelle Kräfte an deren Bereitschaft zum aktiven Schutz von Minderheiten knüpfen, so die GfbV. Scharfe Kritik richten die Menschenrechtler an die Adresse der Kirchen im Westen. Diese ließen ihre bedrängten Glaubensbrüder und -schwestern de facto im Stich.

Im Irak litten Christen seit dem Sturz Saddam Husseins dauernd unter Entführungen und Morden islamistischer Terrorbanden. Seit 2003 seien dort Tausende Christen getötet worden. Mindestens 70 Kirchen wurden laut Bericht durch Bombenanschläge teils vollständig zerstört. Von ehemals 500 Kirchen im Irak sind demzufolge nur noch 57 geöffnet. Der Staat schütze die Christen kaum, sondern befördere durch seine Gesetze und Schulpolitik die Islamisierung des Landes. Viele Angehörige religiöser Minderheiten planten deshalb, das Land zu verlassen.

Auch in der Autonomen Region Kurdistan stellt der GfbV-Bericht erhebliche Benachteiligungen von Christen fest. Auch wenn die Terrormiliz „Islamischer Staat“ weitgehend aus der Ninive-Ebene vertrieben sei, kann die Mehrheit der vertriebenen Christen demnach nicht in ihre Heimatorte zurückkehren, weil ihnen die Mittel zum Wiederaufbau ihrer Häuser fehlen. In den uralten christlichen Ortschaften ließen sich immer mehr Muslime nieder und drohten die Christen zu verdrängen. „Um diese Entwicklung aufzuhalten, müssen die Christen dringend an Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen für die Zukunft des Irak beteiligt werden.“ Zudem benötigten sie finanzielle Hilfe zur Förderung ihrer Sprache und Kultur.

Die GfbV fordert „politische Selbstverwaltung“ für die christliche Gemeinschaft in der Ninve-Ebene. Dafür müssten sich die Bagdader Zentralregierung und die kurdische Regionalregierung einig werden, wem das Gebiet unterstehen soll.

(KNA - tkqlt-89-00138)
Foto: Pixabay

Stand: 13. November 2026